



im Rat der Stadt Heinsberg

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dieder,
sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

nach meiner Erfahrung hält sich das Interesse an den Haushaltsreden eher in Grenzen.

Die Bürgerinnen und Bürger sind meist erst dann interessiert, wenn sie persönlich betroffen sind. Dies war zum Beispiel Anfang des Jahres bei der Erhöhung der Wassergebühren durch die Stadtwerke Heinsberg GmbH der Fall. Als man die höheren Abschlagszahlungen realisiert hatte, regte sich der Unmut der Bürgerinnen und Bürger, obwohl auf die Erhöhung bereits in der Vergangenheit hingewiesen worden war.

Die allgemeinen finanziellen Verhältnisse in der Stadt Heinsberg sind da von untergeordneter Bedeutung. Selbst die konstant hohen Verluste der Stadt Heinsberg von mittlerweile mehr als 40 Millionen Euro seit Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) zum 1.1.2009 beunruhigen die Bürgerinnen und Bürger eher weniger.

Von Ihnen, Herr Bürgermeister Dieder und Ihnen, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion wurde dieses „heiße Eisen“ totgeschwiegen. Und es fehlte Ihnen der Mut der Bevölkerung die Wahrheit zu sagen. Lösungsvorschläge, wie man aus der finanziellen Misere kommen könnte, wurden überhaupt nicht präsentiert. Die Schuld wurde und wird auf den Kreis Heinsberg, das Land NRW und den Bund abgewälzt.

Zum Haushaltsentwurf 2015:

Ich könnte die Haushaltsrede aus dem Vorjahr vorlesen, denn viel geändert hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht. Die Problemfelder sind die Gleichen geblieben.

Der Haushaltsentwurf weist – wie könnte es auch anders sein - erneut einen dramatischen Verlust von 5.220.794,- Euro aus, um den die allgemeine Rücklage und das Eigenkapital verringert wird. Und das, obwohl die Hebesätze in der Ratssitzung vom 17. Sept. 2014 erheblich gesteigert wurden.

Die Anhebung der Hebesätze wurde sowohl von der Gemeindeprüfungsanstalt NRW (GPA NRW) im Bericht aus Mai 2014 als auch vom Landrat bei der Genehmigung des Haushalts mit Verfügung vom 14.4.2014 gefordert.



SPD-Fraktion im Rat der Stadt Heinsberg

Die SPD-Fraktion hat diese Erhöhungen schon seit mehreren Jahren immer wieder angemahnt und auf die hohen Steuerausfälle insbesondere zugunsten der Gewerbetreibenden hingewiesen. So war es selbstverständlich, dass wir dieser Erhöhung der Hebesätze zugestimmt haben.

In diesem Zusammenhang muss aber angeprangert werden, dass damals im Haushaltsentwurf des Jahres 2013 in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2016 bereits weitere Erhöhungen der Grundsteuer B in den Jahren 2014 und 2015 um jeweils 40 Prozentpunkte angedacht waren.

Im Zuge des Kommunalwahlkampfes 2014 wurde dann im Haushaltsentwurf 2014 von dieser Erhöhung Abstand genommen. Somit wurden teure Wahlgeschenke gemacht, dem Wähler wurde Sand in die Augen gestreut und dem städtischen Haushalt auf Grund von Wahlkampf dringend benötigte höhere Steuereinnahmen in Millionenhöhe vorenthalten. Nunmehr erfolgt die Erhöhung der Hebesätze, - wie ursprünglich geplant. Das hätten Sie früher haben können, aber es fehlte Ihnen vor der Wahl der Mut dazu.

Zu Recht wurde diese geplante, aber nicht umgesetzte „Maßnahme zur Ertragsteigerung“ im Bericht der GPA NRW negativ bewertet.

Im Vergleich zu 2014 stehen in 2015 Mehreinnahmen von 2.048.137,-- € zur Verfügung. Diesen Mehreinnahmen stehen jedoch Mehrausgaben von 1.147.306,-- € gegenüber. Die Mehreinnahmen resultieren fast ausschließlich aus den gestiegenen Steuereinnahmen. Die Mehrausgaben ergeben sich zum großen Teil aus der Kreisumlage.

Aus dem vorstehenden Vergleich ist nach Auffassung der SPD-Fraktion zu ersehen, dass die Stadt Heinsberg mittlerweile kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabenproblem hat. Die konkreten Zahlen sind aus dem Haushaltsentwurf zu entnehmen.

Die Kreisumlage steigt erneut. Der Kämmerer vermerkt nicht zu Unrecht, dass die Belastungen des städtischen Haushalts durch die Zahlungen der Kreisumlage enorm sind.

Wie ich einem Artikel im „Kommunalmagazin des BdSt“ (2/15) entnommen habe, hat sich der Kreis Heinsberg Nachhilfe beim Bund der Steuerzahler geholt. Dort hat der Kreis sich über die hohen Umlagen des Landschaftsverbandes Rheinland beklagt, die er alljährlich zahlen muss. Er hat



im Rat der Stadt Heinsberg

aber immer noch genug Geld in der Ausgleichsrücklage. Die hätte er einsetzen sollen, um einen Anstieg der Kreisumlage zu vermeiden.

Alternativ hätte er den 40%igen Anteil für die Kosten der Schulsozialarbeiter darüber finanzieren können. Denn es wird mit Sicherheit Kommunen im Kreis Heinsberg geben, die kein Geld für den 40 %igen Anteil haben. Vom Ergebnis her macht es jedoch keinen Sinn, wenn es Kommunen geben würde, die keine Schulsozialarbeit betreiben würden. Die Folgekosten sind wesentlich höher.

Übrigens, die Beratung durch den BdSt hatte zum Ergebnis, dass der Kreis Heinsberg aus Steuerzahlersicht den Substanzverlust stoppen soll. Den Ratschlag hätte die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Heinsberg auch geben können und der hätte nichts gekostet.

Die in der Ratssitzung vom 29. April 2013 mit den Stimmen der SPD-Fraktion beschlossene Nachhaltigkeitssatzung bewirkt erneut, dass im Haushaltsentwurf 2015 keine Nettoneuverschuldung erfolgt. Es werden sogar in geringem Umfang Schulden abgebaut.

Mit dem Verzicht auf neue Schulden zeigen wir, dass wir es mit unserer Verantwortung für die nachfolgenden Generationen ernst meinen.

Die Kehrseite dieser „Nachhaltigkeitssatzung“ ist naturgemäß, dass die Investitionen immer weiter absinken und auf ein Mindestmaß reduziert werden.

Sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,
liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Dieder,

anlässlich der Feier zur Gründung der Gesamtschule Heinsberg am 21.8.2014 wurde in dem ausgelegten Programm ein Zitat von Georg C. Lichtenberg veröffentlicht.

(Zitat)

„Ich weiß nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird.
Aber es muss anders werden, wenn es besser werden soll.“



im Rat der Stadt Heinsberg

Bereits damals im August 2014 hat dieser Spruch bei mir bleibenden Eindruck hinterlassen. Denn nach der Auffassung der SPD-Fraktion beschreibt er die finanzielle Situation der Stadt Heinsberg exakt.

Unserer Auffassung nach muss bei den städtischen Finanzen ein völliges Umdenken stattfinden. Die „Kirchturmspolitik“ der kleinen Ortschaften kann unter dem Gesichtspunkt der finanzwirtschaftlichen Stellung der Stadt Heinsberg nicht mehr vorangetrieben werden. Nicht jeder CDU-Ortsvorsteher oder „kleine Bürgermeister“, wie sie sich gerne nennen, kann seine Forderungen anbringen und durchsetzen.

Sie, Herr Bürgermeister Dieder, haben im Kommunalwahlkampf 2014 groß getönt: (Zitat) „Ich setze mich ein für funktionierende Kindergärten, Schulen, Kultur-, Sport- und Freizeitanlagen mit Ausbildungs- und Freizeitangeboten für Kinder und Jugendliche bis zu den älteren Mitmenschen.“

In der Sitzung des Sportausschusses am 10.12.2014 wurde ein Antrag der CDU-Fraktion „Betrieb und Nutzung der Sportaußenanlagen im Stadtgebiet Heinsberg“ beraten. Mit diesem Antrag haben Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der CDU-Fraktion, bei uns der SPD-Fraktion, offene Türen eingerannt, da wir 2002 bereits einen ähnlichen Antrag gestellt hatten. Wir haben mit diesem Antrag erstmals wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass Sie die im Prüfungsbericht der GPA NRW ausgesprochenen Beanstandungen und Empfehlungen endlich tatkräftig umsetzen wollten.

Im September 2014 hatten Sie, Herr Bürgermeister Dieder, die Grundlagen für die Berechnungen der GPA NRW angezweifelt und die Schließung von Sportanlagen ausgeschlossen. Hier scheint bei Ihnen, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion, ein Umdenken eingesetzt zu haben.

Dass dieses „Umdenken“ noch nicht bei allen Ihrer CDU-Fraktionsmitgliedern angekommen ist, konnte man schon während der Sportausschusssitzung feststellen, als Sie, sehr geehrter Herr Fell, beteuert haben, dass keiner, der sich mit Fußball auskennt, der Meinung ist, dass wir zu viele Plätze haben.

Die Aussagen der GPA NRW könnten nicht eins zu eins übernommen werden.

Ein solches Hin und Her veranlasste Herrn Herwartz von der Heinsberger Zeitung zu dem Kommentar (Zitat) „Ein Herumgeeiere, das die richtig formulierte Zielsetzung gleich wieder abzuschwächen sucht, um bloß nicht bei den vielen fußballaffinen Vereinsmitgliedern und somit potenziellen Wählern anzuecken, ist da fehl am Platz.“



im Rat der Stadt Heinsberg

Mehr braucht man zu diesem Verhalten wohl nicht anzumerken.

Ein ähnliches „Herumgeeiere“ kann man bei dem Thema „Schulpolitik“ feststellen. Wir haben eigentlich gedacht, dass sie bei diesem Thema aus der Vergangenheit bei der Einrichtung der Gesamtschule und Ihrem damit verbundenen Zick-Zack-Kurs gelernt haben.

Man hätte annehmen dürfen, dass Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister Dieder, ein besseres Gefühl bekommen hätten, die politischen Gremien frühzeitig und umfassend zu informieren.

Leider mussten wir erneut feststellen, dass Sie beim Thema „Schulpolitik“ wohl vollkommen lernunfähig sind. So wurde bei der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses am 15. Januar 2015 zum Tagesordnungspunkt „Festlegung der zu bildenden Eingangsklassen der städtischen Grundschulen im Schuljahr 2015/2016 auf der Grundlage der kommunalen Klassenrichtzahl“ kein Verwaltungsvorschlag unterbreitet. Es wurde ein Beschlussvorschlag per Tischvorlage angekündigt und dann auch vollzogen.

Was ist das für ein demokratisches Verhalten, wenn man den anderen Parteien noch nicht mal die Möglichkeit der Beratung im Vorfeld einer Sitzung lässt? Daran kann man erkennen, wie zerstritten die CDU und der Bürgermeister in Sachen „Schulpolitik“ sind.

Ich möchte hier nur der Form halber anmerken, dass ich Ihnen im Dezember 2014 angeboten habe, zu dem Thema „Grundschuleingangsklassen“ ein Gespräch mit den Fraktionsvertretern zu führen. Sie wollten sich mit der CDU-Spitze kurz schließen und mich informieren. Auf diese Information warte ich heute noch. Deshalb haben wir dann einen eigenen Antrag zu diesem Thema im Schul- und Kulturausschuss gestellt.

Dieser Antrag entsprach voll umfänglich den Empfehlungen der Experten und er war fair. Das es auch bei diesem Antrag zu Härtefällen gekommen wäre und auf Grund der einen fehlenden Klasse nicht alle Wünsche hätten abgedeckt werden können, war auch der SPD-Fraktion klar.

Nur Sachargumente zählten bei diesem Thema ja anscheinend nicht. Hatten Sie doch, sehr geehrter Herr Bürgermeister, vorher schon im Kommunalwahlkampf den Einwohnern von Kempen die Existenz einer Grundschulklasse versprochen, ohne die nackten Zahlen und die Empfehlungen der Schulleiter und anderer Fachleute zu kennen.



Dass die „Sonnenscheinschule“ in Heinsberg nun die leidtragende Grundschule ist, ist aus Sicht der SPD-Fraktion nicht nur tragisch sondern eine Frechheit. Die Gründe dafür sind vielfältig und wurden schon mehrfach genannt.

Aber viel mehr als die „Sonnenscheinschule“ sind die Leidtragenden die 18 Kinder, die von der „Sonnenscheinschule“ abgelehnt werden müssen. Was ist daran „christlich“ und „demokratisch“?

Oder stehen das „C“ und das „D“ nicht mehr dafür?

Was wir uns nur fragen, ist die Tatsache, warum die CDU-Stadtverordneten aus der Heinsberger City, Herr Dörstelmann, Frau Florack, Herr Jansen und Frau Hensing zu diesem Thema nichts zu sagen hatten. Im Vorfeld dieser Entscheidung und im Schul- und Kulturausschuss haben wir von diesen Leuten nichts gehört.

Am 1. März haben wir jedoch einen Leserbrief in der Super-Sonntag-Zeitung gesehen, der klar belegt, dass die CDU-Fraktion die Wünsche und Versprechungen Ihres Bürgermeisters ohne Wenn und Aber erfüllt. Außerdem muss man nur den richtigen Ortsvorsteher haben.

Die Herren Rütten und Kehren sind Lehrer. Mit Ihrer Abstimmung in der Ausschusssitzung zeigten sie der Schulkonferenz und den Grundschullehrern, was Sie von deren Meinung und Kompetenz halten. Scheinbar sind die Beiden die besseren Experten, weil sie das Versprechen des Bürgermeisters und des Herrn Baumann verteidigten.

Die CDU hat getönt, dass mit der stellenweisen Einführung der Schuleinzugsbereiche endlich Ruhe einkehren würde. Leider wollten Sie damals mal wieder nicht auf uns hören. Ihre Schulpolitik ist bis dato konzeptlos und mutlos; heute so und morgen so, aber in Sachen „Schulpolitik“ sind Sie politische Geisterfahrer und verlässliche Schulpolitik sieht anders aus.

Ausfluss des Berichts der GPA NRW ist auch der Antrag der SPD-Fraktion vom 27. Dez. 2014 „Flächenmanagement der Schulen in der Stadt Heinsberg“, dem alle Fraktionen, mit Ausnahme der FDP gefolgt sind. Mit Interesse erwarten wir die Ergebnisse und die Präsentation der Verwaltung.

Ein solches Interesse haben wir auch beim Thema „Feuerwehrgerätehaus in Aphoven/Laffeld“. Der in der Ratssitzung vom 10.12.2014 von allen Fraktionen



im Rat der Stadt Heinsberg

beschlossene Prüfauftrag der Finanzierung an die Verwaltung war für meine Fraktion ein positives Zeichen.

Wir hoffen, dass man hier eine gute Lösung findet.

Aber auch hier muss man sich fragen, warum musste es erst soweit kommen? Auch hier hätte man im Vorfeld viel früher das Thema erörtern können.

Warum ein privater Investor schon ein Vorkaufsrecht auf das Grundstück hat, ohne dass das Thema überhaupt auf politischer Ebene diskutiert worden ist, wird wohl für immer Ihr Geheimnis bleiben, Herr Bürgermeister.

Dass beim Tagesordnungspunkt „Vorstellung verschiedener Grundstücksentwicklungsmodelle“ nur die Kreissparkasse Heinsberg bereit war eine Präsentation vorzunehmen, war für meine Fraktion doch schon enttäuschend. Hier hoffen wir, dass da noch einige Institutionen nachziehen werden. Aus Sicht der SPD-Fraktion ein interessantes Feld, bei dem auch die Stadt Heinsberg durchaus finanzielle Gewinne erzielen kann.

Die Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90 – Die Grünen zum Thema „Flüchtlingssituation in der Stadt Heinsberg“ in der Ratssitzung vom 10.12.2014 hatte zur Folge, dass wir uns bei der SPD-Fraktion mit der Unterbringung und Finanzierung näher beschäftigt haben. In diesem Zusammenhang erscheint mir ein Ausspruch unseres SPD-Parteivorsitzenden, Siegmund Gabriel, vom 5.1.2015 von Bedeutung: (Zitat) „Die Unterbringung von Flüchtlingen sollte zukünftig dauerhaft aus dem Bundeshaushalt bezahlt werden. Wenn eine Kommune entscheiden muss, ob sie das Geld für den Bau des Flüchtlingsheimes oder für den Erhalt des Schwimmbades ausgibt, dann haben wir sozialen Sprengstoff. Deshalb sollte der Bund dauerhaft zahlen.“ Diesem Ausspruch kann sich die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Heinsberg nur vollinhaltlich anschließen.

Leider hat sich die Verwaltung und die Mehrheitsfraktion nicht dazu entschließen können, dem Antrag der SPD-Fraktion bezüglich der Waldfeuchter Straße zu folgen. Auch dies ist aus Sicht der SPD-Fraktion die falsche Entscheidung und hätte den Anwohnern und Bewohnern von Kirchhoven geholfen.



im Rat der Stadt Heinsberg

Abschließend möchte die SPD-Fraktion es nicht versäumen, allen Beteiligten für die Erstellung des Zahlenwerks im Haushaltsentwurf 2015 zu danken.

Hervorheben wollen wir hier auch die zügige Bearbeitung und Erstellung der Jahresabschlüsse; dafür unseren besonderen Dank an den Kämmerer und seine Crew.

Die SPD-Fraktion hat den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 ausführlich beraten. Dabei wurden positive, aber auch negative Aspekte festgestellt. Entscheidend für uns war letztendlich die Tatsache, dass Anregungen und Empfehlungen der SPD-Fraktion aus der Vergangenheit nunmehr Eingang in den Haushaltsentwurf gefunden haben. Wir werden auch in den nächsten Ratssitzungen weitere Anträge, die zu einer Haushaltskonsolidierung führen, stellen.

Die SPD-Fraktion hat sich für die Annahme des Haushaltsentwurfes 2015 ausgesprochen und wird dem Beschlussvorschlag zustimmen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Heinsberg, 4. März 2015

Ralf Herberg
Fraktionsvorsitzender